

1. I. 1918

ein entsprechender Austauschverkehr gesichert ist, ihren Bewohnern so ziemlich alles bieten, was unsere Zone an Naturschätzen und Erzeugnissen des Gewerbesleißes hervorzubringen in der Lage ist. Ihre Grenze fand diese Selbstversorgung in der Unmöglichkeit, bei dem, an Weltverhältnissen gemessen, immerhin beschränkten Absatzgebiete die Spezialisierung der Fabrikation noch weiter zu treiben. Besterer Umstand und der Hunger nach tropischen Produkten bilden die Unterlage des mitteleuropäischen Gedankens, der Projekte Berlin-Bagdad und anderer Expansionsbestrebungen. Die alte Monarchie konnte sich in ihrem Rollgewande nicht mehr rühren. Die Ausgestaltung des Extremschutzolles hätte nur zu einer weiteren Verteuerung der Lebenshaltung geführt. Erweiterung des Absatzgebietes, Annäherung an den Freihandel, Ausdehnung und Erniedrigung der Zollschranken lautete das Gebot und die Lösung der Vorkriegszeit. In den Rahmen dieses Programms paßte sich der als Ergänzung des militärischen Bündnisses sich von selbst empfehlende Plan einer wirtschaftlichen Verbrüderung mit dem Deutschen Reiche naturgemäß ein. Die Ereignisse haben solche Gedankengänge über den Haufen geworfen. Die Errichtung eines sich selbst genügenden mitteleuropäischen Wirtschaftskomplexes mit Kolonialanhang unter deutscher Hegemonie ist abgetan. Sie heute weiter anzustreben, wäre eine vollkommene Verfernung der tatsächlichen Verhältnisse und würde zu einer Perpetuierung des Wirtschaftskrieges gegen die Mittelmächte führen. Wer den Frieden will, muß sich in diese Wahrheit finden.

Noch als die Propaganda für „Mitteleuropa“ in höchster Blüte stand, wurde allenthalben mit dem Argument gearbeitet, daß der Krieg Oesterreich entgütet habe, daß Fabriken und Werksanlagen abgenützt und abgeschriebe seien, daß man somit ohnehin nach dem Krieg von Grund auf neu bauen müsse. Wenn schon, dann sei das der richtige Moment, eine neue Lebens-epoche zu beginnen und sich ganz und voll auf den Boden der Zollunion mit Deutschland zu begeben. Daß einer derartigen Beweisführung viel Richtiges innewohnt, ist nicht zu leugnen. Sie aber ohne weiteres auf die heutige, gänzlich geänderte Situation zu übertragen, ist meiner Ansicht nach sehr gewagt.

Die Lage hat sich gründlich geändert. Die Welt sieht 1919 ganz anders aus als 1916. Es hieße in den schmerzlichsten Wunden wühlen, wollte man den Unterschied schildern, der in wirtschaftlicher Beziehung zwischen dem Deutschen Reiche von 1916 und 1919 besteht. Die Hilfe, auf die wir seinerzeit rechnen konnten, wird das verkleinerte, herabtaube, ausgepreßte, vom Revolutionsfieber geschüttelte, in seinem Import beschränkte, in seinem Export gehemmte Deutschland uns kaum, jedenfalls nicht in einer solchen Weise gewähren können, daß wir unseren ganzen Lebensplan hauptsächlich in der Hoffnung auf deutsche Unterstützung aufbauen dürften. Steht es solcherart mit dem einen Kompazienten des mitteleuropäischen Zolluniontraumes schlecht, so steht es mit dem anderen — das sind wir — nicht besser. Aus der fast 60-Millionen-Monarchie ist ein kleines 6-Millionen-Segment geworden, willkürlich herausgeschnitten aus dem alten, in wirtschaftlicher Beziehung gut bewährten Körper. Das isolierte Deutsch-österreich ist vielleicht ohne Wien und als Bauernstaat lebensfähig, mit Wien aber und als moderner Industriestaat absolut nicht. Es ist zu klein, zu arm an Rohstoffen. Es leidet an der Vergangenheit der Hauptstadt als Zentrum eines großen Verkehrs- und Herrschaftsgebietes. Bis die Wasserkräfte, die immer austauschen, wenn uns die Kohlen ausgehen, nutzbar gemacht sein werden, können wir längst zugrunde gegangen sein, wobei man nebenbei nicht vergessen wolle, daß die Wertverwertung dieser letzten Resourc eine wesentliche Verschiebung der industriellen Besiedelung zur Folge hätte.

Es liegt daher nahe, unsere Bedürfnisse nach dem Kriege zunächst dort zu decken, wo wir sie vor dem Kriege gedeckt haben, und sie mit jenen Waren zu bezahlen, mit welchen wir sie vor dem Kriege bezahlt haben. Das Aufsuchen neuer Absatz- und Bezugsmöglichkeiten braucht uns durchaus nicht zu hindern, die alten, seit Jahrzehnten und noch länger bewährten Verbindungen zu pflegen. Was Gott durch die Gestaltung der Erde zusammengetan hat, soll der Mensch nicht trennen. Warum wir auf den böhmischen Zucker, auf böhmisches Bier und Garn, auf mährisches Tuch und Glas, auf schlesische Kohle und ungarisches Fett verzichten oder uns den Bezug dieser Waren durch unsere Handelspolitik erschweren sollen, erscheint unerfindlich. Ohne die Souveränität der neugegründeten Republiken im mindesten anzutasten, kann ein Zustand des gegenseitigen Warenaustausches geschaffen werden, welcher mutatis mutandis dem durch Jahrzehnte bewährten entspricht. Ob dies nun in der Form einer Zollunion oder auf Grund eines sonstigen Vertrages geschieht, ist nebensächlich. Hauptsache ist die Aufrechterhaltung, beziehungsweise Wiederherstellung des natürlichen Kreislaufes.

Man wendet ein, an Stelle der alten Monarchie wären sieben Republiken getreten. Es müße also eine Zollunion von diesen sieben Republiken geschaffen werden. Jeder Handelsvertrag, jede Zollposition müße siebenmal beraten, siebenmal votiert werden. Das sei ein Ding der Unmöglichkeit. Was schon im österreichisch-ungarischen Dualismus Anlaß zum größten Aergernis bot, würde dann siebenfach sein. Demgegenüber ist zu sagen, daß die Zollunion eigentlich gegenwärtig noch besteht. Zwischen dem czecho-slowakischen Staate und Deutschösterreich zum Beispiel existiert keine Zollgrenze. Die Verkehrsbehinderungen qualifizieren sich meist nach dem von der ungarischen Regierung während des Krieges geschaffenen Typus der Grenzkontrolle und der Transportschwierigkeiten. Fielen diese mehr schikanösen als geschlichen Hindernisse weg, so würde freier Transit laufen. Infolge der Entgüterung der Volkswirtschaft hat sich das Gros des Warenaustausches zum Kompensationsverkehr entwickelt, der von der jeweiligen Regierung fallweise geregelt wird. Ohne den Kompensationsverkehr wären wir überhaupt am Ende. Das Problem des Tages heißt daher nicht Schaffung einer siebenfachen Zollunion, sondern viel bescheidener, aber auch einfacher: Regelung des gegenwärtig noch bestehenden, teilweise in neue Formen gekleideten Warenaustausches zwischen Deutschösterreich und den anderen Republiken, insbesondere der Czecho-Slowakei und Ungarns.

Der weiter erhobene Einwand, das indirekte Besteuerungsrecht der neuen Staaten, namentlich auf Bier, Zucker, Branntwein und Mineralöl, denen sich Kohle und anderes gesellen werden, sei ein Hindernis für den Weiterbestand der wirtschaftlichen Einheit, ist gleichfalls nicht ganz stichhaltig. Die Ausbildung der Steuer-technik ist längst so weit fortgeschritten, daß man nach Wunsch jedem Lande den Nutzen der indirekten Steuern pro rata des von ihm vollzogenen Konsums sichern kann. Eine diesbezügliche Vereinbarung und Organisation ermöglichen es sogar, von einer eigentlichen Grenzbeziehung abzusehen, welche letztere trotz großer Kosten den gewünschten fiskalischen Erfolg nicht sichert. Da wir ohnehin vor der dringenden Notwendigkeit finanzieller Vereinbarungen mit den Republiken stehen, ergibt sich die Regelung dieses Streitpunktes ganz von selbst.

Wie denn das Hauptgewicht auf die Behebung der aktuellen Schwierigkeiten, auf die Wiederherstellung des quellenden Warenverkehrs, auf die Neubelebung der vor-maligen Friedensproduktion, auf die Gegenwart, nicht auf eine spätere Zukunft zu legen ist. Denn es wird unsere ganze Kraft, Kaltblütigkeit, Umsicht und auch Glück

Deutschösterreichs Wirtschaftsgebiet.

Von Dr. Otto Lecher.

Wien, 31. Dezember.

Die Frage nach dem zukünftigen Wirtschaftsgebiet Deutschösterreichs ist eine Lebensfrage allerersten Ranges. Die traurigen Jahre der Blockade und des ungarischen Separatismus sowie die bitteren Erfahrungen, die wir seit dem Zusammenbruche mit den neuen Binnenstaaten gemacht haben, waren und sind — sollte man meinen — ein höchst empfindlicher praktischer Kursus in den Lehren der Warenkunde, Handelsgeographie und Nationalökonomie. Und dennoch werden die Lehren, deren Exempel man alltäglich mit den Händen greifen kann, nichts weniger als beherzigt. Man tritt vielfach an die Verantwortung der Schicksalsfrage nach dem künftigen Wirtschaftsgebiete Deutschösterreichs mit vorgefaßten, abstrakt-idealistischen Meinungen heran. Die einen glauben über den Umweg einer Art österreichisch-ungarischer Wirtschaftsföderation zu einem politischen Bündnis, ja sogar zur Monarchie selbst zurückkehren zu können. Die anderen erstreben die Vereinigung mit dem Deutschen Reiche um jeden Preis, sei es aus nationalen Gründen, sei es in der Hoffnung, durch die Verankerung mit dem fortgeschrittenen Deutschland auf dem Wege der Sozialisierung rascher vorwärts zu kommen. Gegenüber beiden aprioristischen Richtungen, sowohl jener, die die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand, als jener, die die sofortige und restlose Einverleibung in die Deutsche Republik verlangt, muß der rein wirtschaftliche Standpunkt als gleichfalls maßgebend betont und erörtert werden.

Von keiner Seite wird die von der Natur gegebene Tatsache geleugnet, daß die Länder der ehemaligen habsburgischen Monarchie sich wirtschaftlich ergänzen und, wenn

wird zeigen, ob sie überwunden werden können.